

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Kadewornwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 50

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto. —

Halver

Dienstag, den 1. März

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild“
„Landmanns Sonntagsblatt“ „Herd und Scholle“
— und „Für unsere Frauen“ —

1932

Vorbereitungen zur Präsidentenwahl

Der Wahlkampf beginnt.

Anordnungen des Reichsinnenministers für Länder und Gemeinden.

Reichsinnenminister Dr. Groener hat zur Durchführung der Neuwahl des Reichspräsidenten ein Rundschreiben an die Landesregierungen gerichtet, in dem die für die Wahl in Frage kommenden Gesetzesbestimmungen noch einmal zusammengestellt sind. Ferner hat Dr. Groener Anordnungen über die Stimmzettel getroffen. Das schon bei der Präsidentenwahl 1925 angewandte einheitliche Stimmzettelmuster, das sich nach Ansicht der amtlichen Stellen durchaus bewährt hat, wird auch diesmal wieder benutzt.

Die Stimmzettel

müssen alle zugelassenen Wahlvorschläge mit Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort des Anwärters enthalten. Daran schließt sich ein freies Feld, in das der Stimmberechtigte einen anderen Anwärter eintragen kann, wenn er keinem der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme geben will.

Der Innenminister hat ferner besondere Anordnungen getroffen, durch die er eine möglichst gleichmäßige

Verbreitung mittlerer und kleinerer Druckerien herbeiführen will. Da in verschiedenen Ländern — u. a. Preußen, Bayern, Württemberg — in den nächsten Monaten auch Landtagswahlen stattfinden, sollen die Druckereien umschichtig berücksichtigt werden.

Bei ländlichen Gemeinden soll die Zahl der Stimmzettel annähernd der Zahl der Wahlberechtigten entsprechen, mit einem Zuschlag von etwa 5 Prozent. In großstädtischen Gemeinden mit lebhaftem Fremdenverkehr soll ein entsprechend höherer Zuschlag für Stimmscheinhaber vorgesehen werden. Bei der

Wiederverwendung von Stimmlisten und Stimmkarten, die zuletzt bei einem Volksentscheid benutzt wurden, soll dafür gesorgt werden, daß aus ihnen die Beteiligung am Volksentscheid nicht mehr erkennbar ist.

Besondere Vorschriften betreffen etwaige Verstöße gegen die Wahlbestimmungen, weil bei den letzten Reichstagswahlen zahlreiche Einsprüche erhoben worden sind.

Jegliche politische Propaganda im Abstimmungsraum ist unzulässig, also auch Plakate oder Aufrufe politischen Inhalts.

Die Wähler sollen unter Berücksichtigung der verschiedenen im Stimmbezirk vertretenen Parteien berufen werden. Die Zulassung von Vertrauenspersonen darf nicht zu Mißbräuchen führen. Das gleichzeitige Betreten der Abstimmungszellen durch mehrere Stimmberechtigte ist auf alle Fälle unzulässig, auch nicht, wenn es sich um nahe Verwandte handelt.

Die Abstimmungszeit ist dahin geregelt worden, daß sie mindestens sechs Stunden umfassen muß. Sie darf nicht später als 11 Uhr vormittags beginnen und nicht vor 4 Uhr nachmittags schließen.

Der Rest der Vorschriften regelt die

Weisung der Abstimmungsergebnisse an den Reichswahlleiter, Prof. Wagemann, den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, sowie die Erstattung der Kosten, von denen die Gemeinden ein Fünftel, das Reich durchschnittlich vier Fünftel zu tragen haben.

Das Echo des Reichstagskampfes.

Der viertägige Parlamentskampf wird in der Presse eingehenden Betrachtungen unterzogen. Dabei tritt nicht so sehr der Abstimmungserfolg des Kanzlers in den Vordergrund, als vielmehr die Kampfstärke der Parteien, besonders der nationalen Opposition. Denn es galt von vornherein als ziemlich sicher, nachdem sich die Sozialdemokratie für Fortsetzung der Tolerierungspolitik entschieden hatte, daß eine wenn auch nur geringe Mehrheit für Brüning herauskommen würde. Besonders eingehend wird der Auszug der Nationalsozialisten aus dem Sitzungssaal im Laufe der Abstimmungen kritisiert. Das Blatt des Kanzlers, die Germania, höhnt über diese Parlamentsstänke, spricht von „faulen Ausreden“ und „peinlichster Verlegenheit“ und erklärt befriedigt, durch den Ausgang des parlamentarischen Kampfes sei die Legitimation der Reichsregierung zur weiteren Führung und Vertretung des deutschen Volkes bestätigt worden.

In der demokratischen Bossischen Zeitung richtet der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold an den Reichswehrminister Groener die Mahnung, aus dem Verlauf des Parlamentskampfes und aus der Haltung der Nationalsozialisten die Konsequenzen zu ziehen und auf seinen Erlaß bezüglich der Einstellung von Nationalsozialisten in das Reichsheer zu verzichten. Groener habe, so sagt Dr. Reinhold, durch den Beschluß des Reichstages auf Aufhebung des Erlasses eine schöne Gelegenheit zum Rückzug.

Die volksparteiliche Deutsche Allgemeine Zeitung meint mit leisem Spott, der Auszug der Nationalsozialisten, die Wiederholung des berühmten ersten Ausmarsches, hätte „keine besonderen neuen Reize“ gehabt.

Von der Presse der nationalen Opposition sind vor allem die Ausführungen des Berliner Lokalanzeigers über die Nationalsozialisten bemerkenswert. Das Blatt bedauert, daß die Nationalsozialisten ausgerechnet in der Stunde dem Reichstag den Rücken wandten,



Hitlers Vereidigung als Beamter.

Adolf Hitler ist zum Regierungsrat bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin ernannt worden. Dadurch hat Adolf Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Das Bild zeigt Hitler nach seiner Vereidigung beim Verlassen des Gesandtschaftsgebäudes am Lustowplatz in Berlin.

in der sie sich durch eine nüchterne Beteiligung an den Abstimmungen mehr als einmal eine Mehrheit der Rechten hätten sichern können. Bei einer ganzen Reihe von Anträgen hätte die Anwesenheit der Nationalsozialisten den sicheren Ausschlag zugunsten der nationalen Opposition geben können. Das Blatt verweist u. a. auf die Anträge, bei denen die Interessen der Landwirtschaft auf dem Spiele standen, auf Anträge zur Siedlungsfrage, die die Interessen jener ländlichen Schichten berühren, deren Vertretung den Nationalsozialisten nach ihren Beteuerungen ganz besonders am Herzen liegt. „Die gesamte Landwirtschaft“, so sagt das Blatt noch zum Schluß, „kann sich bei den Nationalsozialisten zum Beispiel dafür bedanken, daß sie den Marxisten und Bolschewisten die Durchsetzung eines Antrages auf Rückgängigmachung der Butterzollerhöhung ermöglichten.“

Rundgebungen zur Präsidentenwahl.

Der Gesamtvorstand der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands sagt zur Reichspräsidentenwahl in einer Entschliessung: „Die politische Gesamtlage Deutschlands hat sich von Jahr zu Jahr in gefährdender Weise verschlechtert. Das heutige System hat sich als völlig unfähig erwiesen, der Lage Herr zu werden. In seinem Daleinstampfen braucht Deutschland nicht nur einen Repräsentanten, sondern einen Führer. Darum Einfluß aller Kräfte schon im ersten Wahlgang. Niemand darf der Wahl fernbleiben.“

Die Reichsleitung des Christlichsozialen Volksdienstes hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie für die Wiederwahl Hindenburgs eintritt. Am Aufruf heißt es u. a.: Unser Wunsch ist es immer gewesen, die feldgraue Kameradschaft zu einer umfassenden Volksgemeinschaft werden zu lassen. Nur die Person Hindenburgs vermag diese umfassende Volksgemeinschaft zu sammeln, weil er in wahrhaft überparteilicher Größe nur den deutschen Menschen steht. Der Präsident des Deutschen Reiches gehört allen, er gehört keiner Partei. Deshalb fort mit allen Parteigrößen bei der Entscheidung des 13. März.

Die Schwierigkeiten in der Deutschen Volkspartei.

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit:

„Der Wahlkreisvorsitzende und der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Westfalen-Süd haben ohne Kenntnis der Partei Verhandlungen mit Herrn Abgeordneten Hugenberg geführt, um die Parteiorganisation der Deutschen Volkspartei zur Deutschnationalen Volkspartei überzuführen. Nach sehr langen und stürmischen Auseinandersetzungen, in denen für den Parteivorstand der Gesamtpartei die Abgeordneten Dr. Hugo und Stendel sprachen, unterlag der Vorschlag des Wahlkreisvorsitzenden insofern, als die Versammlung die geforderte Entscheidung ablehnte und mit starker Mehrheit eine Vertagung auf zwei Wochen beschloß. In einer innerhalb dieser Zeit stattfindenden Versammlung wird der Parteiführer, Abgeordneter Dingeldey, Gelegenheit nehmen, vor dem Wahlkreisverband Westfalen-Süd zu sprechen.“

Tagung des Reichsausschusses.

Die Nationalliberale Korrespondenz gibt einen Bericht aus, in dem es u. a. heißt: „Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat heute (Sonntag) zu einer fast voll-

ständig besuchten Sitzung in Berlin zusammen. Den Bericht über die politische Lage gab der Parteiführer Abgeordneter Dingeldey. Die nächste Aufgabe der deutschen Politik ist die Durchsetzung der Wiederwahl Hindenburgs. Das politische Ziel des veränderten Kurses, das vom nationalen Deutschland verkündet wird, muß erreicht werden durch den Kampf im Parlament, nicht aber durch einen Druck von den Parteien auf das Reichsoberhaupt. Die Deutsche Volkspartei ist für ein loyales Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen und anderen bürgerlichen Parteien. Sie wird aber nicht bereit sein, die weiße Fahne der Kapitulation aufzuziehen.“

Der Sonntag im Wahlkampf.

Wahlvorbereitungen in Preußen.

Konferenz der preussischen Ober- und Regierungspräsidenten.

Im preussischen Innenministerium fand eine Konferenz der preussischen Ober- und Regierungspräsidenten unter der Leitung des Innenministers Severing statt. Neben den höheren Beamten des Innenministeriums nahmen auch Ministerpräsident Braun und die Minister Steiger und Grimme daran teil. Die Beratungen wurden von Minister Severing eröffnet, der seine Ausführungen wie folgt einleitete: Mit Befriedigung kann ich feststellen, daß der Winter bis jetzt ohne jede wesentliche Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vergangen ist. Die täglichen Mordtaten und anderen Ausschreitungen beweisen, daß das nicht gar so leicht war. Wir sind zwar noch nicht über den Winter ganz hinweg, denn noch liegen die Iden des März vor uns, und die Märztage werden ja auch den Höhepunkt der politischen Kämpfe mit sich bringen. Aber es ist erfreulich, gegenüber all den Befürchtungen, die im Herbst vorigen Jahres ausgesprochen worden sind, feststellen zu dürfen, daß wir das Ende des Monats Februar erreicht haben, ohne daß die hier und da von ängstlichen Gemütern prophezeite Gefährdung des Staatsgefüges eingetreten ist.

Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform sprach Minister Severing über

die Wahl des Reichspräsidenten.

Die preussische Verwaltung wird und darf keine Wahlbeeinflussung treiben. Es muß auch alles vermieden werden, was nachher mit einem Schein von Berechtigung als ein Grund zur Anfechtung der Wahl angeführt werden könnte. Nichtsdestoweniger aber ist die Haltung der preussischen Staatsregierung gar klar und eindeutig und muß auch die Stellung der preussischen politischen Beamten bei der Reichspräsidentenwahl klar und eindeutig sein.

Severing spricht dann von der Wahl des Reichspräsidenten und über die Kandidaten der Parteien, besonders scharf gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten, die er staatsfeindlich eingestellte Parteien nennt.

Er fährt dann fort: Selbstverständlich soll besonders in der Zeit des Wahlkampfes eine fleißige Handhabung der polizeilichen Befugnisse gegenüber Versammlungen und Pressepolemiken unterbleiben. Das heißt jedoch nicht, Verleumdungen in Presse und Versammlungen freibriefe ausstellen. Ich bitte Sie daher, von der Möglichkeit, Verleumdungen der Reichs- und Staatsregierung in der Presse durch Auflage von Berichtigungen entgegenzutreten, weitgehenden Gebrauch zu machen.

Jede Ruhestörung größerer Art muß auf jeden Fall verhindert werden. Ich werde durch einen Hunderlaß den Ausverkauf von Branntwein usw. für den 12. und 13. März verbieten. Der Tag der Abstimmung sieht uns alle wachsam und bereit, jeden Versuch der Ruhestörung sofort zu unterbinden.

Ministerpräsident Braun

führte zur Frage der Pressenotverordnung u. a. aus: Er stehe auf dem Standpunkt, daß es weniger auf Zeitungsverbote ankommt, als darauf, auch in der Presse der radikalen Parteien der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb müßten die Verwaltungsbehörden vom Recht der Notverordnung, in den gegnerischen Zeitungen und Erwidierungen und Richtigstellungen gegenüber verleumderischen Angriffen zu bringen, ausgiebig Gebrauch machen.

Am Schluß der Aussprache faßte der Innenminister noch einmal das Ergebnis der Konferenz zusammen.

Reichsfinanzminister Dietrich spricht für die Staatspartei.

Die Deutsche Staatspartei eröffnete am Sonntag in Berlin mit einer Rede des Reichsfinanzministers Dietrich den Wahlkampf. Er bezeichnete Hindenburg als den hervorragendsten Deutschen und allein befähigten Mann zur Verrichtung des höchsten Amtes. Die Opposition fordere ihn auf, seinen Platz zu räumen, nicht, weil er die Verfassung beschworen, sondern weil er sie auch gehalten habe. Eine kommende Reichsbiktatur würde in einer Einsiditatur enden; beide seien für das deutsche Volk nicht tragbar. Eine klare Stellungnahme der Nationalsozialisten im Reichstag zu verschiedenen außen- und innenpolitischen Fragen hätte sie eine Menge Wähler gekostet. Sie seien ihr deshalb, wie immer bei solchen Gelegenheiten, ausgewichen.

Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot.

Duesterberg spricht in Köln.

In Köln fand eine große Kundgebung des Kampfblockes Schwarz-Weiß-Rot zu den bevorstehenden Präsidentenwahlen statt, in der der Kandidat des Blockes, Oberstleutnant a. D. Duesterberg, sprach. Zu ernster innen- und außenpolitischer Notzeit, so führte er u. a. aus, im Zustande militärischer Wehrlosigkeit und

Der Bierkrieg.

Von Hamburg ist der Bierkrieg ausgegangen, hat als bald auf die Reichshauptstadt übergegriffen und nun haben sich die Dinge schon so entwickelt, daß möglicherweise das ganze Reich davon ergriffen wird. In Berlin wird der Bierkrieg mit aller Schärfe durchgeführt. Überall sieht man an den Gasthäusern Plakate mit der Aufschrift **Schoppenweine**. Jemandem in der Reichshauptstadt sitzt auch eine Streikleitung, die die Durchführung des Streikes überwacht und bis jetzt die ganze Sache sehr gut geklappt haben. Das will für eine Stadt wie Berlin, mit Tausenden von Gastwirtschaften, allerhand heißen.

Was verlangen die Gastwirte? Sie fordern, und das mit Recht, eine Senkung der Biersteuer. Die Reichsbiersteuer beträgt für den Hektoliter Vollbier 12,30 Mark, die Gemeindebiersteuer in den meisten Großstädten 10 Mark, in Württemberg und Bayern nur 5 Mark. Die geforderte Senkung beläuft sich auf 3 Mark Reichsbiersteuer und auf Halbierung der Gemeindebiersteuer. Die Bayerische Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der eine Senkung der Reichsbiersteuer um 3,50 Mark und die Halbierung der Gemeindebiersteuer bis herunter auf 2 Mark dort vorseht, wo die Gemeindebiersteuer weniger als 5 Mark beträgt. Dieser Antrag ist dem Steuerauschuß überwiesen worden.

Der Preiskommissar hat inzwischen den Brauereipreis um zwei Mark je Hektoliter gesenkt und den Berliner Gastwirten eine zusätzliche Senkung von 2,4 und 6 Mark auferlegt, je nachdem der Ausschankpreis 80 Mark, 100 Mark und darüber beträgt.

Für die Gemeinden bedeutet die Biersteuer außerordentlich viel. Der Ertrag der Gemeindebiersteuer in Berlin beläuft sich auf jährlich 25 Millionen. Um einen Unhaltspunkt für die Größe dieser Ziffer zu erhalten, sei darauf hingewiesen, daß das Aufkommen an Gemeindebiersteuer in ganz Bayern 20 Millionen beträgt und daß dort noch etwa 6000 Gemeinden völlig von der Gemeindebiersteuer frei sind.

Die Reichsregierung hat durch den Reichsfinanzminister erklären lassen, daß sie die Biersteuern senken werde, aber sie will nicht unter Zwang handeln. Dabei wird sich der Reichsfinanzminister natürlich auch noch schwere Sorgen machen, wie er das Loch wieder stopfen soll, das durch eine Kürzung der Biersteuer im Reichsfiskus entstehen wird. Vorerst ist bei den Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Gastwirten nichts herausgekommen, im Gegenteil, man steht sich feindsig gegenüber, der Reichsfinanzminister hat die Verhandlungen mit den Gastwirten zurzeit abgebrochen. Ja, man droht sogar von Regierungsseite gegen die Organisatoren des Streiks möglicherweise mit Entziehung der Konzession. Herr Dietrich will erst wieder verhandeln, wenn der Streik abgeblasen ist. Die Berliner Brauereien werden durch den Streik der Gastwirte natürlich ganz empfindlich getroffen, trotzdem stehen sie aber auf der Seite ihrer Kunden, denn sie haben natürlich das allergrößte Interesse daran, daß die Gastwirte abnahmefähig und auch zahlungsfähig bleiben. Daher haben sie sich mit den Gastwirten zu einer gemeinsamen Front zusammengeschlossen.

Die Gastwirte haben ihrerseits ihre Forderungen noch erweitert und sie fordern jetzt auch Verringerung der Schankverzehsteuer und der Lustbarkeitssteuer. Sie wünschen weiter, daß die Steuererleichterungen vor allem noch vor Ostern durchgeführt werden, damit das Ostergeschäft sich etwas belebt.

Man kann den Gastwirten nicht verdenken, daß sie mit allen Mitteln um ihre Existenz kämpfen. Nicht nur in Berlin, auch außerhalb, hat der Gastwirt mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen, die Steuern sind in der alten Höhe geblieben, aber die Gäste sind ausgeblieben und der Umsatz ist zurückgegangen. Hoffen wir, daß die Reichsregierung einen Weg findet, den berechtigten Wünschen der Gastwirte nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich entgegenzukommen. Denn das Gastwirtsgewerbe stellt einen ganzen wesentlichen Teil unserer nationalen Wirtschaft dar und bringt dem Staatsfiskus manche Million an Steuern.

AM HÖRER DER ZEIT.

Politische Zwischenspiele.

Bevor Tardieu aus Genf zurück in die Heimat fuhr, um dort als neugeborener Ministerpräsident die alte Politik fortzusetzen, die er und ein Duzend seiner Vorgänger insbesondere in außenpolitischen Fragen befolgt hatten, nutzte er die günstige Gelegenheit in Genf zu einem neuen Vorstoß gegen Deutschland aus. Daß er wieder einmal in das "Sicherheitshorn" stößt und daß sämtliche kleinen Blasinstrumente seiner Gefolgschaft ihm sekundieren, überrascht niemanden. Der englische Außenminister Simon hat sowohl den deutschen Vertreter wie die anderen Gegner des scharfmacherischen französischen Antrages zur Nachgiebigkeit gebracht. Deutschland hat dem "Politischen Ausschuss" zugestimmt, um keinen Mißton gleich zu Beginn in die Beratungen der Abrüstungskonferenz hineinzutragen. Die entschlossene italienische Haltung und nicht zuletzt die englische Versicherung ist die einzige Sicherheit Deutschlands gegen überwuchernde Sicherheitswünsche Frankreichs.

Sowjetrußland widmet dem Fernen Osten seine volle Aufmerksamkeit seit Beginn des zugespitzten chinesisch-japanischen Konflikts. Lebhafter tritt dieses Interesse erst jetzt in die Erscheinung, wo die Japaner die Organisation von weißrussischen "Legionen" zur Befreiung der russischen Heimat in der Mandschurei angeblich dulden sollen. Man begnügt sich zwar in Moskau vorläufig mit diplomatischen Protesten, dürfte es aber kaum bei diesen bewenden lassen. Japan konnte im Völkerbundrat über China, das Mitglied des Völkerbundes ist, erklären, daß China nicht mit demselben Maßstab zu messen sei wie ein anderer Völkerbundstaat. Die Genfer Verfechter der These vom "Recht der Stärkeren" haben sich das bieten lassen und man sieht in Genf die Ohnmachtspolitik in der Fernostfrage fort. Das haben die guten Rechner in Tokio vorweggenommen und setzen ihre Politik der "vollzogenen Tatsachen" fort. . . bis zum Endsiege über China. Ein Rechenfehler kann sich einschleichen, wenn man dem russischen Hetmann Semjonow zu viel Spielraum in der Mandschurei gewährt. Sowjetrußland beteuert zwar in Genf, und überhaupt seine Bereitschaft, am Weltfrieden mitzuarbeiten, doch hat auch diese Betuenerung seine natürlichen Grenzen. Bei der Durchführung des Fünfjahresplanes würde wahrscheinlich

die Sowjetwirtschaft ein kriegerisches Unternehmen nur ungern auf sich nehmen, die zum Krieg treibenden Kräfte sitzen aber nicht in Tokio oder in Moskau. Der Weltfrieden kann, wenn das blutige Schauspiel vor Shanghai nicht bald beendet wird, durch einen unglücklichen Zufall explodieren. Sprengstofflager gibt es genug auch außerhalb des engeren Gebietes, wo Japan unter dem Titel der Ruhestiftung flotten Krieg führt.

Der scharfen amerikanischen Note an Japan folgte ein neuer Schritt der diplomatischen Vertreter Italiens, Amerikas, Frankreichs und Englands beim japanischen Außenminister Tschichawa, der den Japanern Fernhalten von der internationalen Niederlassung in Shanghai dringend nahelegt. Die Lage in Shanghai scheint auch für die Fremden keineswegs ungefährlich zu sein, hat doch die deutsche Vertretung jüngst ihre Räume aufgeben müssen. Der Zwiespalt der Vermittler im chinesisch-japanischen Konflikt ist in der Hauptsache vom wirtschaftlichen Standpunkt zu verstehen und zu deuten. Man will die seit Jahrzehnten behaupteten handelszentren ebenso wenig preisgeben wie die anderen wirtschaftlichen Interessen. Selbst neutrale Staaten, wie zum Beispiel Holland, weigern sich, ein Waffenausträger zu werden nach dem Fernen Osten zu entsenden, um so mehr diejenigen Staaten, in denen die mächtige Rüstungsindustrie um ihre Absatzgebiete bangt.

Südwestafrika hat drei amtlich anerkannte Sprachen: afrikanisch, englisch und deutsch. Die Südwesterbewohner und in erster Reihe unsere deutschen Volksgenossen haben es endlich erreicht, daß man durch wirtschaftliches Zusammengehen der gemeinsamen Not entgegenwirken will. Die Deutschen waren dabei zu ihrem Recht gekommen, daß ihnen bisher nicht voll gewährt war. So wird man niedriger Verwaltungslasten und die Aufhebung der Schutzzölle erreichen und manchem heute untragbaren Zustand ein Ende bereiten.

Rund um den Reichstag

Zusammenlegung von Reichsministerien?

Der neue französische Ministerpräsident hat mehrere Ministerien zusammengelegt. Die Frage der Zusammenlegung von Ministerien steht auch in Deutschland im Vordergrund des Interesses. Es wird immer wieder angeregt, auch in Deutschland Ministerien zusammenzulegen. Praktisch ist allerdings auf diesem Wege noch nichts erreicht worden. Man hat im Gegenteil für bestimmte Aufgaben neue Reichskommissare, zum Teil sogar mit Ministerpostenfunktion ernannt. Demgegenüber darf daran erinnert werden, daß vielfach schon empfohlen worden ist, das Wirtschaftsministerium mit dem Finanzministerium zu vereinigen, ferner das Ernährungsministerium dem Reichsministerium des Innern anzugliedern und auch das Postministerium mit dem Verkehrsministerium zusammenzuschließen. Bei der bevorstehenden großen Reichsreform wird man auch vor den Toren der Ministerien nicht mehr haltmachen können.

69 Millionen neue Münzen.

Die deutschen Münzstätten arbeiten gegenwärtig unter Hochdruck. Große Massen neuen Silbergeldes sind auszubringen. Das geht zurück auf die Notverordnung der Reichsregierung vom 18. Juli 1931, durch die der Betrag der auf den Kopf der Bevölkerung auszugebenden Reichsmünzen von 20 auf 30 Reichsmark erhöht wurde. Allein in der preussischen Münze sollen im Rechnungsjahr 1932 17 Millionen Stück Silbergeld ausgeprägt werden, und zwar vier Millionen Fünfmärkstücke, drei Millionen Dreimärkstücke und zehn Millionen Einmarmärkstücke. Außerdem ist die Ausmünzung von zwei Millionen Fünfpennigstücken in Nickel, zehn Millionen Zehnpennigstücken in Aluminium-Bronze-Legierung und 40 Millionen Einpennigstücken in Kupfer vorgesehen. Die Münzgewinne sind recht erheblich. Für die insgesamt in Preußen im Rechnungsjahr 1932 auszubringenden 69 Millionen Münzen im Nennwerte von 41,4 Millionen ist der Ertrag der Ausprägung auf mehr als eine Million Reichsmark im Haushalt der preussischen Münzverwaltung angeseht.

30 000 Gefangene in den preussischen Strafanstalten.

Nach Angaben des Haushalts der preussischen Justizverwaltung für 1932, der jetzt dem Staatsrat zur Begutachtung vorliegt, waren die preussischen Strafanstalten im Jahre 1931 mit rund 30 000 Gefangenen belegt. Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Gefangenenzahl erfreulicherweise sehr stark zurückgegangen; im Jahre 1913 belief sie sich noch auf 53 700. Allerdings sind diese Zahlen nicht ohne weiteres vergleichbar, da der Rückgang in erster Linie die Gefangenen mit kurzen Freiheitsstrafen betrifft. Die Verminderung der Gefangenenzahl ist zum Teil zurückzuführen auf die Geldstrafengesetzgebung, den Ausbau der bedingten Strafaussetzung und die Zurückhaltung in der Vollstreckung kurzer Freiheitsstrafen. Hierdurch ließ sich bisher die Schließung von 27 besonderen Gefangenenanstalten und 468 Gerichtsgefängnissen mit einer Belegungsfähigkeit von zusammen 15 200 Köpfen ermöglichen.

Stimme aus dem Volke.

Ein Leipziger hat an den Reichstagspräsidenten einen Antrag gerichtet, in dem er auf die große Not hinweist, die im deutschen Volke herrscht. Er erinnert daran, daß die Reichstagsabgeordneten auch ohne Vollstimmungen bisher ihre Gehälter weiterbezogen haben und beantragt, daß sie angesichts der allgemeinen Not für den Rest der Wahlperiode auf alle Bezüge verzichten. Eine solche Beschlusfassung würde vom Volke als eine nationale Tat anerkannt werden. Ferner regt er eine Neuregelung des Diätenbezuges in der Weise an, daß von jetzt an nur für die Teilnahme an Vollstimmungen oder Ausschusssitzungen ein zeitgemäßes Entgelt geboten werden soll. Der Antragsteller schließt mit der Aufforderung an die Reichstagsabgeordneten, sie möchten sich doch vor aller Öffentlichkeit mit dem Votum solidarisch erklären. Es ist anzunehmen, daß der Reichstagspräsident diesen Antrag der nächsten Sitzung des Plenums des Reichstags vorlegen wird.

Mißstände im Geschäftsbetrieb der Bausparkassen.

Ein Rundschreiben des Reichsaufsichtsamtes. Das Reichsaufsichtsamtsamt für Privatversicherung macht in einem Rundschreiben an alle der Reichsaufsicht unterliegenden privaten Bausparkassen auf eine Reihe von Mißständen im Geschäftsbetrieb

betriebs der Bausparkasse aufmerksam, die es bei jener bisherigen Aufsichtstätigkeit festgestellt hat. Die bisher beobachteten, häufig wiederkehrenden Mängel der Geschäftspläne will das Reichsaufsichtsamtsamt gesondert behandeln. Es wird nach dem vorliegenden Rundschreiben den Bausparkassen zur Pflicht gemacht, vor dem Abschluß des Sparvertrages die Sparkraft bzw. die Verhältnisse des betreffenden Sparers sorgfältig zu prüfen und Abschlüsse, die der Kasse den Vorwurf zuziehen können, daß es ihr nur auf den Erwerb von Ansprüchen auf Verwaltungskostenbeiträge ankommt, unter allen Umständen zu vermeiden. Demzufolge soll vor Abschluß des Sparvertrages von dem einzelnen Bausparkassanten eine selbst zu unterschreibende Erklärung eingefordert werden, aus der sich dessen Verhältnisse ergeben. Weiter soll der Bausparkassant und der Bausparkassant eine genaue ziffernmäßige Übersicht über alle Verpflichtungen einschließlich der Kosten für Zeitschriften und sonstigen Nebengebühren, die der Bausparer übernimmt, enthalten.

In Terminzusagen (Auszahlung des Bausparens) zu einem bestimmten Zeitpunkt) sieht das Aufsichtsamtsamt eine strafbare Abweichung vom Geschäftsplan, sie werden daher untersagt, desgleichen werden auch die

sogenannten Zwischenkredite, mit denen sehr häufig bei der Werbung gearbeitet wird, in der Regel als bedenklich bezeichnet. Es wird angeordnet, daß die Hergabe von Zwischenkrediten aus der Zuteilungsmasse nicht mehr stattfindet, wovon jedoch im einzelnen Falle Ausnahmen gestattet sein sollen. Ferner wird auf den Mißbrauch des Wortes "Zuteilung" hingewiesen. Bei den Bausparkassen werde meist darunter auch die Auszahlungsbereitschaft verstanden. Bei einer großen Anzahl von Bausparkassen sei aber die Zuteilung nicht gleichbedeutend mit Auszahlungsbereitschaft, sondern sie bedeute nur die Festlagerung der Auszahlungssreihenfolge. Es wird deshalb angeordnet, daß in Zukunft die Bausparkassen nur dann Zuteilungen vornehmen dürfen, wenn tatsächlich die Gewissheit besteht, die Auszahlung an die Bausparer bedingungsgemäß vornehmen zu können. Der Abschluß von sogenannten Hilfsverträgen, die häufig zur Finanzierung der Einzahlung auf den eigentlichen Bausparkvertrag abgeschlossen werden, wird verboten, wenn der Bausparer von vornherein durch den Abschluß eines zweiten Vertrages an die betreffende Kasse gebunden wird.

Als gänzlich unzulässig wird die bei einer Anzahl von Kassen beobachtete Übung, einzelnen Bausparern besondere Sicherheiten für ihre Einzahlung zu leisten, bezeichnet, desgleichen Hinweise auf eine kostenfreie Lebensversicherung oder ähnliche Wendungen, wie Versicherungsschutz ohne besondere Kosten.

Erntefinanzierung durch Erntebevorschussung.

Im Rahmen des zweiten Lehrgangs für landwirtschaftliche Abfrager sprach als erster Referent Direktor Schaub-Berlin von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse über das Thema: Erntefinanzierung auf dem Wege der Erntebevorschussung und des Lieferungsvertrages.

Die Erntefinanzierung auf dem Wege der Erntebevorschussung, so führt er aus, ist in der jetzigen Handhabung erst vor wenigen Jahren ein feststehender Begriff geworden, nachdem in den Jahren 1925 und 1926 die allgemeine Kreditkrise der landwirtschaftlichen Betriebe zu schweren Preisrückgängen bei der Verwertung der Getreideernte geführt hat. Erst im Jahre 1928 hat sich innerhalb der genossenschaftlichen Organisation durch die Eingaltung der Getreide-Industrie- und Kommissions-A.-G. ein System herausgebildet, das eine besondere Erntefinanzierung darstellt. Das wesentliche der Handhabung liegt in der einfachen Form der Lieferungs- und Bevorschussungsverträge, in den günstigen Finanzierungs- und Zinsbedingungen und in der Konzentration des Geschäftes auf die genossenschaftlichen Zentralwarenanstalten. Die Osthilfe-Notverordnung vom 17. November 1931 hat die Methode zum Stocken gebracht, da sie den weiteren Kreditzusfluß, insbesondere nach dem Osten, zunächst verhinderte und die Abwicklung der bereits laufenden Verträge erschwerte. Durch die Legalisierung von Getreidelieferungsverträgen in den Ausfuhrbestimmungen zur Osthilfe-Notverordnung, durch die Verordnung eines Früchtepfandrechts vom 23. Januar 1932 und durch die Untermauerung der Ausfallgarantie für die Düngeerlieferungen 1932 mit Hilfe dieses Früchtepfandrechts ist ein neuer Zustand eingetreten, der eine rechtliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet. Die vielfachen Rechte auf die zur Verwertung bereitstehenden Erntebestände bergen die Gefahr einer beschleunigten Abwicklung und eines verstärkten Preisdrucks in sich. Daraus ergibt sich für die kommende Ernte die Notwendigkeit einer besonders durchdachten und finanziell gut unterbauten Handhabung der Erntebevorschussung.

Der Sonnenrausch der Arbeitslosen.

Der übliche Wanderzug nach Florida und Kalifornien, wo der Sommer den Winter überwindet, hat neuerdings eine gewaltige Verstärkung durch die Riesenzahl fremder Arbeitslosen erfahren, die zu Fuß, in Kraftwagen oder der Eisenbahn, freilich ohne Karten, der Sonne entgegenziehen. Die Steigerung der Abwanderung dieses Winters ist auch eine Folge der Wirtschaftskrise. Die Mehrheit der Wanderer besteht aus sehr jungen Leuten, darunter Tausenden von Vertretern der gebildeten Kreise, die in der Heimat keine Arbeit finden können, und denen sich, ganz gleich, was ihnen geschieht, wenigstens die Aussicht eröffnet, dort nicht frieren zu müssen. Es bedarf nicht erst ausdrücklicher Erwähnung, daß diese Hunderttausende junger Leute, die die Straße des Nichtstuns und der Unsicherheit betreten, von den Bewohnern der amerikanischen Riviera mit scheelen Augen angesehen werden. Man hat sich deshalb an die Gouverneure von Kalifornien und Florida mit dem Ersuchen gewandt, Arbeiter-siedlungen einzurichten und Pläne für die Urbarmachung von Südländern aufzustellen. Das Hauptkontingent der Wanderlustigen stellen die Gebiete des kalten Ostens und der Mittelstaaten. Die Eisenbahnen können sich der unbekannten Fahrgäste nicht erwehren, da fast alle mit Revolvern, Messern oder anderen Waffen ausgerüstet sind. Die Absicht der Gouverneure, an den Grenzen einen Patrouillendienst einzurichten, um der Zuwanderung einen Riegel vorzuschieben, mußte aufgegeben werden, da jeder Bürger das durch die Verfassung verbriefte Recht hat, in einen anderen Staat einzuwandern.

Jugend, schone die Natur!

Der Februar hat uns zwar einen Kälterückschlag beschert, doch wird es nicht mehr allzulange dauern, bis die Natur zu neuem Leben erwacht. Da hält die Jugend es nicht zu Haus aus, sie streift durch Feld und Wiese, Flur und Wald. Doch in ihrem stürmischen Betätigungsdrang läßt sie sich gar viele Übergriffe gegen die Natur zuschulden kommen. Keine Blüte, kein Zweig ist sicher, und die Tierwelt hat von ihren Verfolgungen manches zu leiden. Aus diesen Erwägungen heraus ergeht an die Jugend der Mahnruf: Haltet eure Hand weg von den geschützten Pflanzen, denn ihr gefährdet den Bestand der Art und macht euch außerdem strafbar. Reißt und schneidet keine Weidenfäbchen ab! Ihr schädigt dadurch die Weiden und entstellt das Landschaftsbild; ihr entzieht nützlichen Insekten, z. B. der Honigbiene, die Nahrung; ihr macht euch überdies strafbar! Reißt überhaupt keine Zweige von Bäumen und Sträuchern ab, denn alles das schädigt die Natur. Pflückt nicht unnötig Blumen in Feld und Wiese und auch nicht im Walde. Pflüget dagegen Blumen im Garten und im Hause! Schonet bei Tümpeltouren die Wasserpflanzen! Die Pflanzen, die ihr nicht braucht, gebet dem Wasser wieder zurück! Hütet euch vor dem Anbrennen von Hecken! Ihr vernichtet dadurch Pflanzen und Tiere.

Und nun zum Schutz der Tiere: Tierquälerei ist es, wenn man Molche, Eidechsen, Laubfrösche, Unken in Gefangenschaft hält, ohne ihnen die richtigen Lebensbedingungen zu bieten, so daß sie elend umkommen müssen. Von einer ganz unfagbaren Rohheit zeugt es, den Fröschen die Hinterextremitäten abzuschneiden und die verstümmelten Tiere einem traurigen Schicksal zu überlassen, damit „Feinschmecker“ ihren Gaumen an Froschschenkeln ergötzen können. Von manchen Schlangen, die sich durch Vertilgung von Insekten nützlich machen, ist nur die Kreuzotter giftig. Die Prämie, die früher auf ihren Fang ausgesetzt war, ist in Preußen aufgehoben, da bei der Einfuhr sehr häufig Ringelnattern, ja, sogar Blind-schlangen als Kreuzottern hatten erhalten müssen.

Aufgabe der Schule ist es, die Naturliebe und Naturfreude der Jugend in die richtige Bahn zu lenken und in dieser Jahreszeit, wo die Natur zu neuem Leben erwacht, die Schüler mit den Grundsätzen des Naturschutzes vertraut zu machen. Man schütze am besten und am erfolgreichsten die Natur, wenn man die zarten Keime der Naturliebe bei der Jugend weckt und zu einer kräftigen Pflanze emporenwachsen läßt.

□ Eine Preisermäßigung für die Formblätter des Post-schekverkehrs tritt am 1. März in Kraft. Das Über-weisungsscheit kostet nur noch 55 Pf., das Scheckheft 70 Pf., ferner kosten die Ersatzüberweisungen 100 Stück 55 Pf., die Zahlungsanweisungen 100 Stück 90 Pf., die gelben Scheckbriefumschläge 50 Stück 30 Pf. Auch für die von den Postschekämtern gelieferten Zahlarten und Formblätter mit anhängender Zahlkarte gelten bei Abnahme von 400 Stück an ermäßigte Preise, über die die Postschekämter Auskunft erteilen.

Die Auslegung der Stimmlisten.

Der Reichsminister des Innern hat durch Rund-schreiben die Landesregierungen gebeten, alle Maß-nahmen zur Durchführung der Wahl des Reichspräsidenten in die Wege zu leiten und die Gemeinde- und Verwaltungsbehörden mit entsprechender Weisung zu versehen. Unter Hinweis auf die wesent-lichsten Wahlvorschriften bei den letzten Wahlen wurde ersucht, dahin zu wirken, daß die Gemeindebehörden und Abstim-mungsvorstände die Reichstimmordnung genau inne-halten, um keinerlei Anlaß zu Klagen zu geben. Gleich-zeitig wurden allgemeine Richtlinien für die Organisation und Durchführung der Reichspräsidentenwahl gegeben.

Der Reichsminister des Innern hat durch Verordnung bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmlisten für die Reichspräsidentenwahl vom 3. bis 6. März auszu-legen sind. Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

* 4. Fremdenvorstellung im Stadttheater Hagen. Wegen der außerordentlich starken Nachfrage nach Theater-karten für die letzte Fremdenvorstellung wird Sonntag, den 6. März, 14.15 Uhr im Stadttheater Hagen nochmals die Revue-Operette „Im weißen Rößl“ zu bedeutend er-mäßigten Preisen aufgeführt. Die Theaterkarten werden in Verbindung mit gleich viel Sonntagsrückfahrkarten bis 4. März 17 Uhr durch die Fahrkartenausgaben verkauft. Nähere Angaben über Fahrplan und Theaterpreise sowie über den Fahrplan sind aus den Aushängen auf den Bahn-höfen zu ersehen; auch geben die Fahrkartenausgaben nähere Auskunft.

* Freiwilliger Arbeitsdienst der Volkshochschule Wis-lade bei Lüdenscheid. Die Volkshochschule Wislade bei Lü-denscheid, die schon im vorigen Herbst einen freiwilligen Arbeitsdienst für Erwerbslose mit bestem Erfolg veran-staltete, ruft jetzt zu einem neuen, dreiwöchigen frei-willigen Arbeitsdienst vom 2. bis 23. März 1932 auf. Welchen können sich dazu Erwerbslose im Alter von 18–30 Jah-ren, die entweder Erwerbslos- oder Krisenunterstützung beziehen. Als Hauptarbeit ist Wegearbeit vorgesehen. Die Arbeitszeit beträgt täglich etwa fünf Stunden. Das Heim gewährt gute Verpflegung, ein geordnetes und geregeltes Zusammenleben und jedem ein kleines Taschengeld. Zwecks Aufnahme wende man sich an das Volkshochschulheim Wis-lade, Post Oberrahmede, Kreis Altena i. W.

* 10. Reichseltern-tag. Auf dem diesjährigen (10.) Evangelischen Reichseltern-tag, der vom 31. März bis 3. April in Potsdam stattfindet, wird der Präsident der Ham-burgischen Synode Hauptpastor D. Schöffel den Haupt-vortrag halten über das Thema: „Deutsches Volkstum und evangelische Schule“. In geschlossenen Versammlungen wer-den die Eltern-Vertreter zu der gespannten schul- und kul-turpolitischen Lage, zu den Preußenwahlen, zu der Wühl-arbeit des Freidenkertums und der Tannenbergs-Bewegung unter der Schulherrschaft Stellung nehmen. Fachsitungen werden sich u. a. mit der Bildungsnot auf dem Lande und mit der Gefährdung der Jugendwohlfahrtspflege beschäf-tigen.

* Änderungen im Expresgut-Tarif. Ab 1. März treten in den Vorschriften über die Aufgabe von Expresgut bei der Deutschen Reichsbahn folgende Änderungen ein: Während bisher bei der Aufgabe von Expresgut Nachnah-men in Höhe von 5 bis 1000 RM aufgegeben werden konn-ten, ist die Mindestgrenze von 5 RM für Nachnahmen im Expresgutverkehr weggefallen. Außerdem ist die Höchst-grenze bei Anweisung durch Zahlkarte von 1000 RM auf

2500 RM erhöht worden. Wird die Nachnahme jedoch dem Empfänger durch Postanweisung überwiesen, darf der Nachnahmebetrag höchstens 1000 RM betragen. Eine weitere Milderung wird dadurch eintreten, daß der Abse-der die Nachnahme einem anderen überweisen lassen kann. Es ist also nicht mehr erforderlich, daß er auf der Post-anweisung oder Zahlkarte seinen eigenen Namen als Zahlungsempfänger angibt.

* Billige Osterreisen! Festtagsrückfahrkarten auch zu Ostern. Die Reichsbahn beabsichtigt, ähnlich wie beim vergangenen Weihnachtsfest, auch zum Osterfest Rückfahr-karten auszugeben. Die Benutzung der Festtagsrückfahrkar-ten soll diesmal auf sämtliche Verkehrsverbindungen inner-halb des Reichsbahnbereichs ausgedehnt werden, also nicht nur solche Stationen erfassen, für die Sonntagsrückfahr-karten vorgesehen sind. Um das umständliche Verfahren der Anschlußlösung zu vermeiden, werden für solche Ver-bindungen, die in den Festtagen viel benutzt werden, von vornherein feste Karten auszugeben werden. Für alle übrigen Verbindungen werden Blanko-Fahrkarten benutzt. Es ist jedoch notwendig, in solchen Fällen rechtzeitig, spätestens am zweiten Tage vor Eintritt der Fahrt, die Blanko-Fahrkarten bei den Fahrkartenausgaben oder MKN-Stellen zu lösen oder zu bestellen. Die Festtagsrückfahrkar-ten gelten vom 23. März bis zum 4. April d. J. und zwar zur Hinfahrt an allen Tagen vom 23. März bis 28. März und zur Rückfahrt an allen Tagen vom 24. März 12 Uhr bis 4. April. Die Rückfahrt muß spätestens am 4. April 24 Uhr beendet sein. D-, FD- und FFD-Züge sind gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlags für die Be-nutzer der Festtagsrückfahrkarten freigegeben.

* Vorbereitung der Konfirmation. Es sind nur noch wenige Wochen bis zum Palmsonntag, dem überlieferten Einsegnungstermin, und es dauert nicht mehr lange, bis überall in Stadt und Land viele tausend Kinder vor den Altar treten werden, um sich konfirmieren zu lassen. Die meisten von ihnen — vielleicht noch mehr ihre Eltern den-ken in diesem Jahr nur mit Sorge daran. Was soll denn aus ihnen werden, wenn sie erst eingeseget sind und die Schule verlassen? Die allernächste Zukunft ist in Dunkel gehüllt, niemand wagt es, Pläne zu machen oder an die Frage der bevorstehenden Berufsausbildung zu denken. Und wo man sich äußerlich seine Sorgen nicht anmerken läßt, da arbeitet und bohrt es doch in der Stille. Zum übermütigen Triumphieren, wie es sonst Sache der Jugend zu sein pflegt, hat jedenfalls in diesem Jahre niemand An-lauf. Die letzten Wochen vor der Einsegnung sind eine ernste Zeit. Es versteht sich von selbst, daß man davon etwas in den Häusern der Konfirmanden merkt. Trotz allem, was gegen die Form und den Inhalt der Konfirmation in den letzten Jahren gesagt worden ist, soviel steht auch heute noch fest, daß die Einsegnung Entscheidungen innerer Art und vor allem die Bereitschaft, solche Entscheidungen zu treffen, verlangt. Um äußere Dinge sollten sich die Mütter der Konfirmanden noch weniger Sorge machen als sonst. Es kommt ja doch nicht auf die neuen Kleider und Schuhe an, sondern einzig und allein auf die rechte innere Einstellung. Daß eine Konfirmandin nicht nur ein, sondern womöglich zwei und noch mehr neue Kleider — eins für die Prüfung und eins für die Einsegnung — haben müsse, ist eine ganz unsinnige Auffassung, an die sich niemand stören sollte.

Salver

—(Dem Eisport wurde gestern noch mal wieder recht von Jung und Alt gehuldigt. Der starke Frost der letzten Nächte hatte die Eisdecken auf den Wasserflächen wieder tragfähig gemacht. Besonders herrschte wieder reges Leben auf dem Strandbad Herpina. Man sah einen sah man in elegantem Schwunge über die Fläche dahin saufen, als gälte es die Meisterschaft im Kunsteislauf in Salver zu er-ringen. Es herrschte strenge Kälte bei scharfem Ostwind. Das Thermometer zeigte am Nachmittag 6 Grad Kälte.

—(Kur eine Nähnael war es. Bei einer häuslichen Beschäftigung stieß sich eine Frau eine Nähnael in die Hand. Die Naedl brach ab. Nicht lange darnach verspürte die Frau große Schmerzen, die sie veranlaßten, den Arzt aufzusuchen. Der steckengebliebene Fremdkörper konnte nur auf operativem Wege entfernt werden. Da damit die Schmerzen in dem verletzten Gliede noch nicht behoben waren, muß die Frau weiterhin in frankenhausärztlicher Behandlung bleiben. Also Vorsicht, auch bei nur gering scheinenden Verletzungen.

—(Der Motorsportklub Salver hatte seine Mitglie-der nebst Angehörige auf Samstagabend zu einem ge-mütlichen Zusammensein in das Gasthaus „Zum Jäger-haus“ Gust. Rückmann eingeladen. Das gleichzeitig statt-findende gemeinsame Essen, schmachtlich zubereitet von der Vereinswirtin, wurde noch besonders durch manch treff-liches Wort der Unterhaltung gewürzt. Der Abend verlief zu aller Zufriedenheit. Eine besondere Ehre wurde dem Verein durch die Ueberreichung eines prachtvollen Tisch-wimpels, welcher von Damen des Vereins gestiftet worden war, zuteil.

Brügge

—(Der Kriegerverein tagte im Vereinslokal unter guter Beteiligung zu seiner diesjährigen Jahres-Hauptver-sammlung. Der Vorsitzende, Kamerad Albert Dominig-haus eröffnete die Versammlung, gedachte zunächst der im vorigen Jahre verstorbenen Kameraden, Dr. Beutler, Rinnepe und Killing, dessen Andenken man durch Erheben von den Sitten ehrte und gab alsdann den Jahresbericht. Nach demselben konnte im vergangenen Jahre dem Kame-raden Borlinghaus das Kriegervereins-Ehrenkreuz 2. Kl. überreicht werden. Der Kassierer, Kam. Kümmerl erteilte den Kassenbericht, während Kam. Hehmert über die Schief-kasse berichtete. Beide Kassenverhältnisse konnten als gün-stig bezeichnet werden. Unter dem Dank für gute Führung der Kassen-geschäfte wurde beiden Kameraden Entlastung erteilt. Die Vorstands-Ergänzungswahl ergab einstimmige Wiederwahl der Ausscheidenden. Als Schriftführer wählte man einstimmig Kam. Schumburg. Um das Zusammenge-hörigkeitsgefühl zu wecken und allen Kameraden, auch den Erwerbslosen und Kurzarbeitern, ein Beisammensein mit Damen zu ermöglichen, wurde beantragt und beschlossen, im Monat Mai einen Unterhaltungsabend zu veranstalten, wozu Biermarken ausgegeben werden sollen. Es wurde eine Kommission mit der weiteren Bearbeitung betraut. Von der Feier eines Stiftungsfestes wurde mit Rücksicht auf das 50jährige Bestehen des Vereins im Jahre 1933 Abstand genommen. Die Schießresultate waren im vo-rigen Jahre gut, 14 Kameraden erfüllten 55 Bedingungen und wurde diesen das Schießabzeichen überreicht. Der Bezug der Rhythmus-Zeitschrift wurde den Kameraden empfohlen. Der Beitrag wurde für das Jahr 1932 von RM 6.— auf RM 4.— ermäßigt. Der Vorsitzende gedachte alsdann noch unseres Ehrenpräsidenten von Hindenburg und unseres schwer geknechteten Vaterlandes, brachte ein Hoch auf beide aus und schloß damit die in allen Teilen rege verlaufene Versammlung.

Kierspe

—s Jahreshauptversammlung des Turnvereins Kierspe 1879. Am Sonntag nachmittag fand im kleinen Saale des Hotels Berliner Hof die Jahreshauptversammlung des Turnvereins Kierspe 1879 statt, die von dem 1. Vorsitzen-den Albert Vollmann mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Turnsache eröffnet wurde. Eingangs gedachte er in herzlichen Worten des im vorigen Jahre verstorbe-nen Turnbruders Bernhard Käseberg, zu dessen Ehren die Versammlung sich von ihren Sitten erhob. Nachdem das Protokoll der letzten Generalversammlung verlesen wor-den war, gab der Oberturnwart Otto Meisterjahn einen erschöpfenden Jahresbericht über die Tätigkeit der ver-schiedenen Abteilungen im abgelaufenen Jahre. Die Aus-führungen ließen eine rege und von Erfolg gekrönte Ar-beit erkennen. Den Kassenbericht gab der Kassierer Willi Fischer. Hiernach betrug einschließlich eines Bestandes am 1. Januar 1931 von RM 139,41 die Gesamteinnahme RM 1692,41, der eine Ausgabe von RM 1615,72 gegenüber stand, sodaß ein Bestand von RM 76,69 verblieb. Hinzu kommt noch ein Fonds von RM 500.—, der für etwaige Reparaturen an der Turnhalle bei der Sparkasse angelegt ist. Die Kasse war von den Turnbrüdern Fritz Gräbe und Walter Schmidt in Ordnung gefunden worden, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt werden konnte. Turnwart Gustav Busch jr. berichtete sodann über den am vergan-gen Sonntag in Altena stattgefundenen Ganturntag. Unter Punkt Wahlen fand eine einstimmige Wiederwahl des satzungsgemäß ausscheidenden 2. Vorsitzenden Gustav Baukloß, des 2. Schriftführers Werner Schmidt, des Ober-turnwarts Otto Meisterjahn, des 2. Männerturnwarts Hugo Wülfrath, des 2. Frauenturnwarts Wilh. Vollmann, des Gerätewarts Adolf Brenning, des Jugendturnwarts Ewald Jöller, des Kassierers Wilh. Fischer statt. Neu be-zeugt wurde der Posten des 2. Spielwarts durch Walter Winter und des Schwimmwarts durch Ernst Brenning. Eine Erweiterung des Vorstandes fand durch die Wahl eines Schülerturnwarts und Schülerinnenturnwarts statt. Der erste Posten wurde durch Arthur Neppel besetzt, wäh-rend den zweiten Posten Fritz Haarhaus auf ein Jahr mit übernimmt. Eine rege Aussprache rief die Fest-segung des Beitrages hervor. Die regelmäßigen laufenden Ausgaben werden bei größter Sparsamkeit und vorge-sehene Einsparungen wenigstens RM 800.— betragen. Man beschloß daher den Beitrag von 6 auf 5 RM herab-zu setzen, da man eine weitere Ermäßigung nicht für trag-bar hielt. Die Beiträge für Jugendturner werden im ent-sprechenden Verhältnis herab gesetzt. Von der Schüler- und Schülerinnenteilung soll, da auch hierfür Beiträge an die Organisationen abgeführt werden müssen, ein Beitrag von 50 Pf. pro Kopf und Jahr erhoben werden. Bei Fami-lien, die mehrere Kinder haben, wird im Höchstfalle 1 RM eingezogen. Unter Festangelegenheiten wurde be-schlossen, einen Spiel-Werbetag, einen Elternabend, das Stiftungsfest und das Winterfest zu begehen. Die näheren Daten werden noch festgelegt. Unter Verschiedenes fand eine Wiederwahl der Fahnen-Offiziere Arthur Klapp, Willi Baukloß und Fritz Meisterjahn statt. Sodann wurde be-schlossen, am Himmelfahrtstage eine Turnfahrt in Form einer Sternwanderung zur Linge-Talsperre zu unter-nehmen. Es ist gedacht, daß jede Abteilung eine Wande-rung für sich unternimmt und daß alsdann um 3 Uhr nach-mittags ein gemeinsames Treffen an der Sperre stattfindet. Von dort wird alsdann der Rückweg geschlossen angetre-ten. Zum Schluß fanden noch einige kleinere Vereinsan-gelegenheiten Besprechung.

Kierspe-Vhf.

—b Der Turnverein Zahn Kierspe-Vhf. beging am Samstag im Saale des Turnbruders Rud. Cramer sein Winterfest. Schon lange vor Beginn war der große Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Die Aufführung des zeit-gemäßen Volksstückes „Mein Land Tirol“ hatte Veran-laffung gegeben, daß auch viel auswärtige Gäste er-schienen waren. Mit einem flotten Marsch eröffnete der Musikverein Kierspe-Vhf. den Reigen der Darbietungen. Der 1. Vorsitzende Turnbruder Otto Goseberg sprach Worte der Begrüßung und des Dankes für den guten Besuch. Die Tanaufführung der Damenabteilung unter Leitung von Damenturnwart Walter Goseberg erntete mit der Auffüh-rung „Die Tulpenmädel von Harlem“ größten Beifall. Nun folgte die Aufführung des satigen Volksstückes „Mein Land Tirol“ mit Gesang aus den Tiroler Bergen von Hermann Mercellus. Unter Leitung von Turnbruder Wilh. Finneemann und Alfred Becker gelang die Aufführung dieses zeitentsprechenden Stückes ganz vorzüglich. Mit innerster Hingabe und Leidenschaft verfolgte man das Spiel der Darsteller. Die vom Turnbruder Fritz Lange ausge-malte und hergestellte Bühnendekoration verlieh dem Stück das Gepräge ungefälschter Echtheit und trugen zum Erfolg ganz besonders bei. Der Verein dürfte mit dieser Auffüh-rung bewiesen haben, daß er berufen ist, die Liebe und Treue zur Heimat zu pflegen und das Bewußtsein zu stärken, daß dieses urdeutsche Land Tirol einen heldenhaften Kampf liefert unter dem Drucke fremder Herrschaft. Der Stabreigen der Damenabteilung und das Reittun der Männer beschloß den ersten Teil. Im weiteren Ver-lauf des Abends gefielen besonders „Petersburger Schlitz-tenfahrt“ eine Aufführung der Damenabteilung. Die Män-nerabteilung wartet mit weiteren Geräteübungen auf und bewies ihr Können. Für die Freunde des Humors wurde der einaktige Schwank „Herr Lehrer ich muß mal raus“ ge-geben. Tofende Lachsalben und nicht endender Beifall bewiesen, daß der Verein damit das Richtige getroffen hatte. Turnbruder Goseberg dankte zum Schluß allen Dar-stellern und Mitwirkenden für ihre Tätigkeit und schloß er seine Ausführungen mit einem Appell an alle zur wei-teren fruchtbringenden Arbeit im Dienste der Turnsache. Ein gutbesuchter Ball beschloß die harmonisch verlaufene Veranstaltung.

Meinerzhagen. Ein gerissenes Schwindler-paar hat in den letzten Tagen in Meinerzhagen sein Un-wesen getrieben. Zwei gut gekleidete Herren gingen von Haus zu Haus und wollten Nähmaschinen verkaufen. Viel Glück haben sie allerdings nicht gehabt. Die beiden ertun-digten sich stets bei anderen, wo eine Nähmaschine auf Ra-tenzahlung geliefert war und nach den Familienverhält-nissen der betreffenden Familien. Bei dem erwerbslosen Maurer C. K. erschienen die beiden auch. Infolge längerer Erwerbslosigkeit hatte K. seine Monatsraten auf einen kleineren Betrag herabsetzen lassen. Die Gauner, die sehr gewandt auftraten und auch Ausweise, aber wohl ge-fälschte, vorzeigten, erklärten dem K., daß sie von der Lieferfirma kämen und den Auftrag hätten, die Ma-schine abzuholen und gegen Barzahlung weiterzuverkaufen. Die Firma könne sich mit den geringen Raten nicht mehr zufrieden geben. Für die bereits bezahlten Raten erhielt er eine andere, allerdings etwas länger gebrauchte